

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein u. Umgegend.

Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — Schiersteiner Tagblatt)
.. .. (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwalser Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Formnr. Nr. 584.

Nr. 106.

Donnerstag, den 9. September 1920.

28. Jahrgang

Am bevorstehenden

Waffenstillstand.

Im drittenmale soll nun der Versuch gemacht werden, einen Waffenstillstand mit darauf „ausbrechendem“ Krieg zwischen Polen und Russland zustande zu bringen. Am Donnerstag werden, sofern kein größeres dazwischenkommt, die beiderseitigen Delegierten in Warschau zusammentreffen und unter weitest möglichen Bedingungen einen Waffenstillstand abschließen. Der Ort der Verhandlung neutraler Boden ist, bezeichnet schon die Namen der Parteien und Situationen, und es kann nicht verwundern, dass die eine der beiden Konventionen dem anderen die Bedingungen auf der Gegenseite überreicht. Man kann jetzt ungefähr sagen, dass die Bedingungen gut und gleich sind, und dass ein friedlicher Arrangement in beiderseitigem Interesse liegt. Die beiden Gegner sind bereit, geschwächt, dass keiner die Bedingungen ablehnen wird, er werde den anderen noch ins Herz greifen können, und es kommt gewiss aus der Tiefe ihrer Seele, wenn jeder nun versichert, er würde mit niemandem so gut und so gut in Freundschaft und Liebe leben wie mit dem Nachbar, wenn nur der dumme Krieg zwischen ihnen händel. Wir sind, indem wir die freundschaftlichen Beziehungen zur polnischen Regierung als unumkehrbare Notwendigkeit unserer auswärtigen Verhältnisse betrachten, ungemein befriedigt, dass Vorhandensein einer gleichartigen Tendenz auf Ihrer Seite festzuhalten, zeigte Herr Tschischew am 2. September von Warschau aus den polnischen Ministerpräsidenten Witos funktionsfähig an. Man fragt gerührt, warum denn da die beiden Seiten so beständig geschossen wird. Man kann mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen, dass es in Warschau zu ernsthaften Verhandlungen kommen wird, und es wäre nicht überraschend, wenn sich dort die polnischen und russischen Delegierten auch Verhandlungen der baltischen Regierungen versammeln, und wenn diese auch mehr oder minder offizielle Abgesandte nach London und Paris aufsuchen, um mit Rat und Tat an der Erzeugung des Friedens mitzuwirken. Denn es ist der Vorzug der Versammlung auf neutralem Boden, dass der Zutritt anderer Interessenten nicht verhindert werden kann, und die Dispositionen für die von Lloyd George geplante europäische Friedenskonferenz in London nicht so weit getroffen, dass sie nicht auch die Riga übertragen werden könnten. Es bestehen deshalb alle Aussichten, dass die Zusammenkunft in Riga eine europäische Antizipation belohnt, und dass dort wirklich etwas zustande gebracht wird, was dem Frieden Europas zuträglich ist. In Riga hat man sich nach Artikel 8 des Friedensvertrages gegenseitig ausgesprochen, in Riga hat man in parlamentarischen Formen verfahren und man hat ganz sachlich miteinander reden. So gebietet es die militärische Zwangslage.

Darum hat auch der polnische Minister des Auswärtigen, Herr Sapieha angekündigt, dass er sich höchst persönlich nach Riga begeben wird, und die Gegenvorschläge, die er mitnimmt, sind so vorsichtig ausgewählt, dass die Moskowiter eine Diskussion über sie nicht werden verweigern können. Prinzipielles Einverständnis mit der Curzon-Linie, der Abrüstung unter gewissen Klauseln, mit Ersatzleistungen und Wiedergutmachung für Kriegsschäden, mit russischen Durchfuhrhandeln auf der Grajewo-Eisenbahn zeigen ein kluges Eingehen auf russische Wünsche. Man dürfte gute Ratsschlüsse der westlichen Verbündeten nicht ganz unberechtigt sein, wie auch diese Gegenvorschläge von London aus der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden sind. Und auf der anderen Seite betont die Moskauer Regierung, dass sie in Riga nicht Bedingungen gemacht, sondern nur Vorschläge gemacht habe, über die sie sich reden lasse. Diese Einsicht ist ihr allerdings erst gekommen, nachdem ihre Armeen über den Bug zurückgezogen worden waren. Sie hat auch, als in Riga die Brücke zu geben drohte, schnell Herrn Rasbowski in die Brücke zu geben drohte, dorthin entsandt, um die russische Bereitwilligkeit zu betonen, auf den von der polnischen Regierung vorgeschlagenen Grundlagen Frieden zu schließen, allerdings mit dem Nebenab: „Wenn Sie uns die notwendige Sicherheit geben können, dass Sie nicht eines Tages mit Frankreich gegen uns marschieren.“ Nun, das bedingte Sicherheit gibt es überhaupt nicht, das ist eines Tages gegeben wird, das hängt von anderen Dingen als von sogenannten Sicherheiten ab. Vorher lässt die Moskauer Regierung deutlich erkennen, dass sie an ihrer Westfront zu einem Vergleich kommen möchte, vielleicht, weil sie sich von einer Fortsetzung des Kampfes zur Zeit nichts verspricht, vielleicht auch weil

sie alle Hände frei haben will, um an der Ostfront den ihr sehr unangenehmen General Wrangel zu erledigen.

Damit wäre dann Wrangel's Schicksal besiegelt, und wenn jetzt in Warschau Delegierte dieses Abenteurers auftauchen, so soll damit wohl nicht nur ein militärisches Zusammenarbeiten hergestellt, sondern auch ein Anschluss an die Rigaer Friedenskonferenz gesucht werden. Denn wenn Wrangel in den kommenden polnisch-russischen Frieden nicht mit einbezogen wird, so mag er sein Testament machen. Das Schicksal Polens sollte ihn schützen, während sein Vorgänger Denikin sich jetzt auf dem Brüsseler Boulevard von den russischen Strapazen erholt.

Alles spricht für einen erfolgreichen Verlauf der kommenden Rigaer Verhandlungen, wenn auch die mehr bauerische als diplomatische Diplomatie der Moskauer Regierung durch Winkeltug und Planlosigkeit gewiss noch manche schlechte Situationen herbeiführen wird. Man soll Freundschaftsbeteuerungen wie die oben zitierten im allgemeinen nicht wörtlich nehmen und nicht als Befehle ungeschulten Seelen auflassen, aber im vorliegenden Falle ist das nach Abzug aller Uebertreibungen und Phrasen verbleibende Eingeständnis des Wunsches nach baldigem Frieden durchaus zu begreifen.

Oberschlesien.

Hilfe des Reiches für die Oberschlesier.

Der Reichskanzler hat an den deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien, Fürsten Haackfeld, das nachstehende Schreiben gerichtet: „Euer Durchlaucht beehrte ich mich zu demnachrichtigen, dass das Reichskabinett und das preussische Kabinett zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten sind, um über die Mittel und Wege zur Abwehr der Oberschlesien drohenden Gefahren zu beraten. Mit tiefer Bewegung haben die Kabinette die ergreifenden Berichte entgegengenommen, die über die Leiden und Kämpfe unserer treuen Oberschlesier erstattet worden sind. Nur zu viel wackere Männer haben ihre feste Anhänglichkeit an das Deutsche Reich mit der Verteidigung aller Rechte und des heimatlichen Herdes in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer geschädigt und bedroht worden. Die Regierungen aber wissen sich mit der ober-schlesischen Bevölkerung eines Sinnes darin, dass keine Gewalttat die Liebe zu Deutschland aus ihrem Herzen zu reißen vermag. Die Regierungen haben die Zuversicht, dass die ober-schlesische Bevölkerung die Prüfungen dieser schweren Zeit standhaft ertragen wird. Mit Entschlossenheit werden sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um der Verwahrlosung Oberschlesiens bei ihrem guten und gerechten Kampf zu helfen. Um der äußeren Bedrängnis zu wehren, die durch den Tod ihrer Ernährer und durch zahlreiche Gewalttaten über unschuldige Familien heringebrochen ist, haben die Regierungen einen Betrag von zu nächst 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. So um des deutschen Namens willen Schweres erduldet wird, darf und soll die Hilfe der Volksgemeinschaft nicht ausbleiben. Euer Durchlaucht bitte ich, bei der ober-schlesischen Bevölkerung der Dankschuld der Gesinnung zu sein, die in den Beratungen der beiden Kabinette zum Ausdruck gekommen sind. Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten, ist unser Wunsch und fester Wille. Dazu wollen wir alles tun, was in unserer Macht steht. Der Reichskanzler: (gez.) Fehrenbach.“

Nichtzulassung der Oberschlesier im Reich zur Abstimmung.

Von polnischer Seite wird seit einiger Zeit von neuem versucht, den Oberschlesiern im Reich das Stimmrecht bei der Volksabstimmung abzuspüren. Bezeichnend für diese Absichten ist ein Aufruf der „Oberschlesischen Post“, den die „Oberschlesischen Mitteilungen“ veröffentlicht. Er besagt:

„In alldemokratischen Kreisen legt man den § 4 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages von Versailles dahin aus, dass für stimmberechtigt auch derjenige betrachtet wird, der im Abstimmungsgebiet geboren ist, aber seinen Wohnsitz außerhalb dieses Gebietes hat, obwohl nach Artikel 88 des Friedensvertrages nur die Einwohner des Abstimmungsgebietes zur Abstimmung berufen sind. Während in Österreich nach Artikel 95 Abs. 4 des Friedensvertrages schon der bloße Aufenthalt das Abstimmungsrecht verleiht, fehlt in Artikel 88 eine solche Bestimmung für den ober-schlesischen Abstimmungsbezirk.“

Wir müssen daher unbedingt fordern, dass im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet geborene Personen nur dann zur Abstimmung zugelassen werden, wenn sie zur Zeit

des Zutritts zum Reichsgebiet auch zu den Ortswohnen gehörten. Das Schicksal Oberschlesiens darf keinesfalls Land fremden überlassen werden.“

Die „Oberschlesischen Mitteilungen“ weisen demgegenüber mit Recht darauf hin, dass der Aufruf der Verfassung einer bewussten Rechtsverdrängung ist und stellen fest, dass nach dem Wortlaut des Artikels 88 stimmberechtigt ist, wer entweder im Abstimmungsgebiet geboren oder seit einer gewissen noch festzusetzenden Zeit seinen Wohnsitz dort hat.

Zur Tagesgeschichte.

Neuregelung des Polizeiwesens.

Am Dienstag fand im Ministerium des Innern eine Sitzung statt, in der sämtliche Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidenten sowie den Kommandeuren der Sicherheitsverbände usw. ein Plan über die Neuregelung des Polizeiwesens vorgelegt wurde. Der Plan ist ein gänzlich anderer, als ihn die bisherigen Pressenachrichten vermuten ließen. Das wesentliche deselben beruht in folgenden Punkten:

1. Beseitigung der herrschenden Zersplitterung auf dem Gebiete des Polizeibehördenwesens;
2. Vereinigung aller Polizeibeamtengruppen;
3. Herstellung einer klaren Behörden- und Beamtengliederung;
4. Schaffung eines festen einheitlichen Polizeikörpers, der in geschlossenen Verbänden über den Staat verteilt ist;
5. Beibehaltung der Kasernierung in 12 von den vorgezeichneten 14 Dienstjahren, so daß nur wenig mehr als 10 Prozent außerhalb wohnen;
6. eine den Zuständigkeiten der Entente entsprechende neue Verfassung, deren Erweiterung übrigens in Aussicht steht;
7. einheitliche Leitung durch die Oberpräsidenten mit Hilfe des ihnen zu diesem Zwecke zu unterstellenden Beamtensystems;
8. Schaffung eines besonderen Polizeischulwesens, wozu es bisher fehlte.

Der erste Teil der Neuordnung, soweit er nicht gesetzliche Maßnahmen erfordert, soll noch vor Monatsende nach Genehmigung durch das Staatsministerium und die Landesversammlungen durchgeführt werden. Die Sitzung ließ Neuregelung der Entente in allen wesentlichen Punkten erkennen. Eine nochmalige Stellungnahme soll am 15. September unter dem Vorsitz des Ministers des Innern selbst erfolgen.

Die Winterkohlen.

Auf eine Anfrage des Abg. Lukas (Bayer. Bp.) hat der Reichswirtschaftsminister geantwortet: Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ist beauftragt, die Hausbrandversorgung im laufenden Wirtschaftsjahr wenigstens im Rahmen der Zufuhren des vorigen Jahres zu halten. Das Abkommen von Spa beeinflusst die Hausbrandversorgung nur insofern, als die vorgesehenen Steinkohlenmengen gekürzt und die Lieferung von Braunkohlenbriketts der Menge nach in gleichem Umfang erhöht wird. Die Preise für die für den Hausbrand hauptsächlich in Betracht kommenden Braunkohlen und Braunkohlenerzeugnisse sind bereits vom 1. August d. Js. ab um einen mäßigen Betrag herabgesetzt worden. Wenn der Preisabbau seine Fortsetzung nehmen wird, läßt sich noch nicht übersehen und hängt mit der allgemeinen Wirtschaftslage zusammen.

Revolutionschäden.

Der Reichsminister des Innern hat auf eine Anfrage über den Erlass der Revolutionschäden geantwortet: Die Entschädigung der Ausschüsse, die über die Erfordernisse der Ausführung der Bestimmungen zu dem Gesetz erfolgen, die zur Zeit dem Reichstag zur Genehmigung vorliegen. Mit den endgültigen Entscheidungen über die Schadenersatzforderungen wird daher in kürzester Frist begonnen werden können. Bis dahin einer einzelnen Satzung Geschädigter Ausschüsse zu leisten, ist die Reichsregierung nicht in der Lage.

Deutsch-belgische Verhandlungen.

Zur Frage der Monchauer Bahn hat sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt gestellt, ihrerseits größere Grenzkorrekturen zu fordern u. a. die Rückgabe der Vaher Nachen-Herbestal, der dazwischen liegenden Gebiete sowie des Niederlagsgebietes zur Nachenr Wasser-versorgung. Demgegenüber hat laut „Echo der Gegenwart“ die belgische Regierung einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und diesen in einer Note zum Ausdruck gebracht. Vom 14. bis 16. September wird in einer in Aachen stattfindenden Sitzung der deutsch-belgischen Kommission über die deutschen Forderungen weiter verhandelt.

Millerands Reise.

Ministerpräsident Millerand sagte in einer Rede in Metz, bei seiner Reise durch die vertriebenen Gebiete habe er festgestellt, daß es dort weder Haß noch Rachegefühle gebe, sondern nur klare Einsicht in die Verhältnisse der Wirklichkeit und in die Sicherheiten, die man haben müsse. In einem Jahrhundert habe Frankreich drei Invasionen erlebt. Es habe nicht das Recht, sich einer vierten auszuliefern. Frankreich arbeite nicht für sich allein, und nicht für Frankreich allein halten Elsaß und Lothringen Wacht an der Grenze. Sie verteidigen die ganze Zivilisation.

Ein amerikanischer Rechner.

Laut einem Funkpruch aus New York hat der amerikanische, in Kreisen der Hochfinanz sehr einflussreiche Rechtsanwalt Paul Cravath, der während der Konferenz in Spa anwesend war, in einer öffentlichen Rede die viel Beachtung findende nachdrücklich eine wirtschaftliche und politische Unterstützung der gegenwärtigen gemäßigten deutschen Regierung verlangt als das einzige Mittel, durch das Europa sich wieder erholen, die Alliierten eine Entschädigung erhalten und die Ueberflutung Europas durch den Bolschewismus verhindert werden könne. Cravath führte aus: Deutschland erkennt rückhaltlos an, daß es geschlagen worden ist. Seine Entwarnung macht sichtlich Fortschritte. Alle Behauptungen, es häufe heimlich Munitionsvorräte an, sind falsch. Das deutsche Volk leidet aber schwer unter den obwaltenden Verhältnissen und ist deshalb in Bezug auf seine Kohlenlieferungen stark behindert. Die alte Generation ist kriegsmüde. Der Geist der neuen wird wesentlich von der Haltung der Alliierten beeinflusst. Sie wenden sich entschieden gegen die Politik der Auflösung des Reichs und erklären den Versailler Friedensvertrag für teilweise unburchführbar. Eine Durchsicht des Vertrages ist unbedingt nötig, da schon eine Entschädigung von zehn Milliarden Goldollar eine doppelt so hohe Belastung des deutschen Volkes mit Steuern wie die jetzige nötig mache, die bereits als übermäßig empfunden wird. Deutschland kann nur mit Ausfuhrwaren zahlen und hängt dabei vom russischen Markt ab. Deutschland braucht Geld, Lebensmittel, Rohmaterialien und Arbeit. Außerdem muß Vorseorge getroffen werden, daß das Deutsche Reich geehrt bleibt, sonst wird ein Chaos entstehen.

Vertagung von Genf oder Brüssel?

Wie wir aus gut unterrichteten diplomatischen Kreisen hören, sind ernsthafte Bestrebungen im Gange, entweder die Konferenz von Brüssel oder die Konferenz von Genf hinauszuschieben. Beide Konferenzen sollen ziemlich gleichzeitig tagen. Von deutscher Seite ist darauf hingewiesen worden, daß auf beiden Konferenzen zum guten Teile die gleichen Sachverständigen tätig sein müßten. Die Franzosen sind aus ähnlichen Gründen ebenfalls für eine Vertagung. Im Gegensatz zu uns und den Franzosen setzen sich die Engländer für das gleichzeitige Tagen der beiden Konferenzen ein. England hat soviel überseeische und östliche Sorgen, daß es die Ausführung des Versailler Vertrages nun endlich in geordnete Bahnen gelenken möchte.

Eine Proskriptionsliste in München gefunden.

Bei einem unter Diebstahlsverdacht verhafteten Mitgliede der kommunistischen Partei in München wurde eine Proskriptionsliste von reichen Einwohnerwehrmännern gefunden. Die Namen von Reichswehrsoldaten, bei sich im vorigen Jahre die der Befreiung Münchens vom roten Terror besonders hervorgerufen haben, waren mit einem Kreuz bezeichnet. Diese Wehrmänner sollten nach Aussage des Verhafteten, der auch noch Mithuldige angab, beseitigt werden.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

68) (Nachdruck verboten.)
„Ob es ihr nicht doch schon bald leid sein wird? Sie sah gar nicht glücklich aus.“
„Sie hat ja so gewollt. Nun muß sie sich auch drein finden.“
„Den jungen Baron Helmut hat man nirgends gesehen?“ fragte ein Auswärtiger.
„Was soll der auch hier! Die Familie hat sich ja von ihm losgesagt! Der sitzt jetzt ruhig auf dem Vorwerk Grünheide, das er vererbt.“
„Oder in Reuhof bei den Mirbachs“, wollte jemand wissen.
„Wer mag von den Grundbesitzern überhaupt eingeladen gewesen sein? Es waren nur wenig Wagen erschienen.“
„Von Reichenstein und Herr von Sottin ist gekommen mit seinen Töchtern. Auch die Herrschaft aus Groß-Rammen war da.“
„Und weiter niemand?“
„Na ja. Aber die Hochzeit sollte auch nur klein ausfallen. So war es von vornherein bestimmt.“
„So? Dann allerdings haben sie erreicht, was sie wollten. Kleiner konnte sie überhaupt nicht sein.“

Nun saß Kothrausch fest im Sattel, aber man konnte ihm nicht nachsehen, daß er jetzt ein anderer geworden wäre und sich von seinen bisherigen Bekannten und Freunden langsam zurückgezogen hätte. Nein, er war auch im Glücke der Liebe geblieben, und sein Charakter hatte sich nicht gewandelt. Nur dem Baron und seiner Frau gegenüber brachte das neue Verhältnis für ihn andere Rechtsansprüche, die er voll wahrnahm.
Seine Wohnung im Schloß grenzte unmittelbar an diejenige des Barons. Man hatte es auch so einrichten verstanden, daß Agnes alle die Zimmer, die ihr bisher zur freien Verfügung gestanden hatten, auch jetzt, nach der Heirat, im Besitze behielt. Auf diese Weise wurde auch dem Vater der Uebergang in die neuen Verhältnisse erleichtert, insofern er nach wie vor mit

Dunkel ist der Rede Sinn!

Paris, 9. Sept. Der Vertreter des „Echo de Paris“ in Brüssel meldet, daß Generalkommissar Tirard in Koblenz am Dienstagabend mit Roland Jaquemin, General Rucquoy und Oberst Dubois Unterredungen hatte, in denen einzelne Maßnahmen behandelt worden seien, die sofort in Angriff genommen werden sollten, falls Deutschland einen neuen Ueberfall versuche, selbst bevor das linke Rheinufer von den Alliierten geräumt sei. Schließlich sei, wie der Berichtstatter weiter meldet, ein Plan erörtert worden für den Fall, daß die Haltung Deutschlands die Alliierten zur Besetzung des Ruhrgebietes zwingen sollte.

Allerlei Nachrichten.

Erdbeben.

Heidelberg, 7. Sept. Heute früh 6,57 Uhr 4 Sekunden setzte ein sehr heftiges nicht weit entferntes Erdbeben ein, dessen zweiter Vorläufer 6,57 Uhr 57 Sekunden eintraf. Die langen Wellen erschienen 6,58 Uhr 4 Sekunden, während das Maximum 6,59 Uhr 43 Sekunden erschien. Das Ende der Bewegung fand 7,56 Uhr statt. Die Entfernung des Herdes beträgt 490 Kilometer.

Die Ueberschüsse der Kriegsgesellschaften.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, sofort Maßnahmen zu treffen, um die bei Kriegsgesellschaften entstandenen Ueberschüsse sämtlich, soweit die bestehenden Verordnungen nicht andere Rechtsansprüche geschaffen haben, für die Allgemeinheit sicher zu stellen. Zu dem Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften und Aufhebung der Ausfuhrabgabe gab der Reichswirtschaftsminister die Erklärung ab, daß er die im Zusammenhang mit diesem Antrag vorgebrachten Gründe berechtigt finde, und daß der Antrag eingehend geprüft werden solle.

Wiederaufbau der Festung Verdun.

Nach einer in der „Saarbrücker Landeszeitung“ wiedergegebenen Meldung hat die saarländisch-französische Handelskammer mit der Industrie des Saarlandes Fühlung genommen, um die Industrie für den Wiederaufbau der Festung Verdun zu interessieren. Wie weit die Verhandlungen über die Beteiligung der Saarindustrie an den Wiederaufbauarbeiten vorgeschritten sind, läßt sich zur Zeit nicht sagen.

Kleine Meldungen.

Paris. Nach einer Blättermeldung aus Contréville ist dort die Großfürstin Wladimir, eine geborene Großherzogin von Mecklenburg, gestorben.

London. Spät nachts sandte der Handelsminister an den Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Smillie, ein Telegramm, worin er ihn bat, am nächsten Donnerstag, 11 Uhr vormittags, von der Exekutive der Bergarbeiter begleitet, in das Handelsministerium zu kommen, damit die Lage erörtert werden könnte.

London. Die letzten Telegramme aus Warschau lassen schon wieder auf eine Verzögerung der Friedensverhandlungen in Wiga schließen, da die polnische Regierung erklärte, ihren Vertreter erst am Donnerstag oder Freitag abends zu können.

London. Ein Funkpruch besagt: Moskauer Nachrichten melden, daß Enver Pascha auf Wunsch Lenins und Trozki zum Oberkommandanten der bolschewistischen Truppen, die gegen Indien marschieren, anerkannt wurde. Die bolschewistischen Truppen im Kaukasus, in Persien, Afghanistan und Transkaspien sind unter seinem Befehl gestellt worden. Enver Pascha hat sein Hauptquartier in Emolenski.

seiner Tochter räumlich in Verbindung stand. Die Mahlzeiten wurden genau in der bisherigen Weise eingenommen, so daß der Baron in seinen Gewohnheiten durch die Heirat wenig oder gar nichts zu ändern brauchte.

Diese Umstände brachten es mit sich, daß der Schloßherr sich wider Erwarten sehr schnell mit der neu geschaffenen Lage abfand. Nur wollte ihm das gedrückte Wesen seiner Tochter und ihr bleiches Aussehen nicht gefallen. Es stimmte nicht überein mit dem Glücke, das er ihr durch die Genehmigung zur Heirat verschafft zu haben glaubte. Längere Beobachtungen führten ihn zu der Annahme, daß in der Ehe des jungen Paares doch wohl nicht alles so klappte, wie er anzunehmen berechtigt gewesen war. Indessen verstand es Agnes meisterhaft, seinen Versuchen, die wahre Ursache ihrer Verstimmung zu erforschen, aus dem Wege zu gehen oder sie durch Zwischenfragen geschickt zu parieren.

Kothrausch blieb dem Baron gegenüber, unbefahdet seiner Sonderrechte, immer gleich zuvorkommend und ehrerbietig. An ihm war absolut nichts zu entdecken, was auf eine Differenz in der Ehe schließen ließ. Deshalb gab der Baron auch bald sein Mißtrauen auf. Uebrigens brachte das Frühjahr jetzt Arbeit in Halle und Halle, auch Sorgen mancherlei Art, in denen der Schloßherr bald völlig aufging. Mit geheimer Angst erfüllte ihn z. B. das drohende Gespenst einer Verheiratung seines Sohnes Helmut, von dem das Gerücht ging, daß er in Reuhof ein gern gesehener Gast sei. Der Rittergutsbesitzer Mirbach, mit dem er, der Baron nur auf dem Gruffuße stand, besaß zwei Töchter, von denen die älteste bereits in das heiratsfähige Alter eingetreten sein mußte. Er, der Baron, hatte sie noch nie gesehen. Wenn man aber den Mitteilungen, die in der Luft herumgeschwirren, glauben wollte, dann konnte nur diese Tochter der Magnet sein, der Helmut immer noch Reuhof hinüberzog und ihn von seiner früheren Hypochondrie geheilt hatte.

Ja, Helmut war ein ganz anderer Mensch geworden, seitdem er in Grünheide sein Domizil aufgeschlagen. Gleich der erste Blick hatte den Baron darüber belehrt, als er ihm nämlich ganz unvermutet nach langer Zeit

Unsere Fleischversorgung.

Die Reichszentrale für Heimatdienst schreibt: Seit einer Zeit Gerüchte, die die Aufhebung der Fleischwirtschaft zum Gegenstand haben und geeignet, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen. Da es ausserordentlich bedenklich ist, in der gegenwärtigen erregten Zeit Bevölkerung noch in Fragen der Ernährung zu bewegen, erscheint es angebracht, Klarheit über die Verhältnisse der Fleischverhältnisse zu schaffen.

Die vielfach vertretene Ansicht, die Fleischwirtschaft habe bereits aufgehört zu existieren, trifft in dem Umfang nicht zu. Vielmehr soll nach dem Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages vom August die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch am 1. Oktober aufgehoben werden, falls es gelingt, dahin eine Getreidereserve von 2 Milliarden zu schaffen.

Die deutschen landwirtschaftlichen Organisationen, besonders auch der Bund der Landwirte, setzen zu allem daran, die Ablieferung von Brotgetreide zu erleichtern. Es sei auf den kürzlich erlassenen einkauflichen Vertrag der landwirtschaftlichen Vereinigung hingewiesen, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine hochmögliche Begrenzung der Ablieferung sowohl im allgemeinen wie in dringenden eigenen Interesse der Landwirtschaft liegt. Es ist nach Lage der Dinge anzunehmen, daß bis zum 1. Oktober d. Js. ein Bestand an Brotgetreide vorhanden wird, der die Vorbedingung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft als gegeben angesehen lassen wird. Es ist daher mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Versorgung des Schlachtviehs zum 1. Oktober tatsächlich aufgehoben wird. Dabei ist aber zu beachten, daß, entgegen den vielfach zum Ausdruck gekommenen Befürchtungen, eine schlechtere Versorgung der Bevölkerung zu erwarten ist. Der Bestand an Schlachtvieh zur Zeit kein ungenügender; er steht nicht sehr weit von den Beständen von 1913 zurück. Es wird vorausgesetzt, die Anlieferung an die Städte nicht schlechter sein als bisher, wahrscheinlich besser.

Unser erscheint die Preisgestaltung. Sie hat nun das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft infolgedessen eine Sicherung und die Möglichkeit eines Ausgleiches in der Hand behalten, als es die zentrale Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande nicht gegeben hat. Diese Maßnahme gründet sich darauf, daß die Reichsregierung die Möglichkeit behalten will, bei zu geringen, wo etwa Störungen in der Fleischversorgung eintreten sollten, oder wo sich zu hohe Preise entwickeln sollten, in solchen Fällen wird dann seitens des Ernährungsministeriums bezw. der Reichsfleischstelle das Auslandsfleisch auf den Markt geworfen werden, das einem etwaigen Mangel abhelfen, vor allem aber preisregulierend wirken soll.

Die Bestände an Fleisch bei der Reichsfleischstelle zur Zeit erheblich. Sie reichen aus, um 29 Millionen Versorgungsberechtigten, also die Bewohner des reichswirtschaftlichen Industriegebietes, der Reichshauptstadt und der großen Städte, auf den Zeitraum von mindestens ein Jahr mit der bisherigen Wochenration zu versehen. Braucht also sich nicht übertriebenen Befürchtungen hingeben, daß auf dem Gebiet der Fleischversorgung in der nächsten Zukunft erhebliche Schwierigkeiten auftreten werden. Auch ist zu beachten, daß die größten Städte das fleischige Fleisch bis jetzt in sehr geringen Mengen bekommen haben, so daß eine Verschlechterung des bisherigen Standes auch dann nicht eintreten würde, wenn tatsächlich die Städte auf Auslandsfleisch angewiesen sein sollten, was nach dem Gesagten nicht zu erwarten ist.

Bei der gegenwärtigen Störung in der Ablieferung von frischem Fleisch, über die besonders in Berlin und einigen Großstädten geklagt wird, ist zu beachten, daß die Maul- und Klauenseuche die Ablieferung beeinträchtigt, daß die Landwirte ferner ihr Vieh jetzt nicht abliefern, weil sie durch die Ernte voll beschäftigt sind und die Zeit zum Transport zu den Bahnhöfen kaum eintreten können. Die zur Zeit außerordentlich mangelnde Versorgung der Städte mit frischem Fleisch ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die sich aus den angeführten

begegnete. Seine Haltung war stramm, lebensfrisch, sein Benehmen fest, bestimmt, ja förmlich herausfordernd gewesen.

Wenn über kurz oder lang das Unerhörte zur Tat werden sollte, dann war der Vorteil, den er, der Baron, durch den Verkauf von Vöndereien an den Eisenbahnfiskus und an die Forstverwaltung erzielt hatte, wieder aufgehoben. Mit dem Kaufpreis war es ihm möglich geworden, alle seine Privatschulden zu decken, d. h. Schulden, die nicht hypothekarisch auf seinem Rittergut eingetragen waren. Eine kleine Hypothek hatte er zwar abgelöst. Dadurch wurden seine Rinszahlungen fortan vermindert. Was wollte aber diese geringe Rinsverminderung bedeuten gegenüber der Verzinsung eines Kapitals von 80 000 Mark, das Helmut Muttererbreil betrug, bisher zinslos auf dem Gute geruht hatte und bei einer Heirat ausgezahlt, also von irgend einer Bank neu geliehen werden mußte, da der Baron über bares Vermögen nicht verfügte? Die Einkünfte des immer noch hoch belasteten Gutes waren durch die Ehe seiner Tochter, für die er jährlich einen bestimmten Zuschuß ausgesetzt hatte, an und für sich schon verkleinert worden. — Ueberall, wo der Baron hinblickte, gewahrte er nur dunkle Schatten; nirgends sah er Lichtpunkte.

Vielleicht malte er sich aber alles schwarzer aus, als es in Wirklichkeit der Fall war! Vielleicht beherrschten die Gerüchte über Helmut, wie es manchmal zu geschehen pflegte, jeglicher Begründung?

Der Mai war gekommen. Der schöne Park des Schlosses Damerow aber lag mit seiner Blütenpracht fast immer verwaist da. Nur ab und zu machte Frau von Jantzier, die Wirtschaftsdame, einen kleinen Spaziergang, auf den vielfach verschlungenen Wegen des großen Geländes zwischen den farbenprächtigen, mit Stiefmütterchen, Tulpen und Narzissen besetzten Rabatten.

Heute aber war der Park besucht. Man konnte deutlich erregte Stimmen unterscheiden, die aus der großen Rosenlaube herkamen.

(Fortsetzung folgt.)

lassen erklärt. Es handelt sich indessen um eine Ueber-
gangsercheinung. Von der Freigabe der Fleischwirtschaft
ist zum Herbst eine bessere Belieferung der Städte zu er-
hoffen.

Aufruf der Bauernvereine.

Die Vereinigung der 26 deutschen Bauernvereine er-
läßt an ihre Mitglieder folgenden Aufruf:

1. Die deutschen Bauernvereine bitten die Bauernver-
einmitglieder, die im Betriebe entbehrlichen Kartoffeln zu
einem angemessenen Preise an die Konsumenten abzuge-
ben, damit auch die minderbemittelte Bevölkerung in der
Lage ist, sich ausreichend mit Kartoffeln einzudecken und
die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die in jedem Fall
gewisse Uebergangsschwierigkeiten bieten wird, nicht zu
einer Beunruhigung der Bevölkerung führt.

2. Für die Berechnung des Ertragswertes im Sinne
der neuen Reichsteuergesetze müssen die Veranlagungen
zum Mehrertrag und die in normalen Zeiten gezahlten
Hochpreise als Grundlage dienen. Im übrigen ist es er-
wünscht, daß die normalen Reinerträge in den einzelnen
Preisen von den Finanzämtern auf diesen Grundlagen
nach Anhörung und in Verbindung mit von den Land-
wirtschaftskammern benannten Vertretern der Landwirt-
schaft festgesetzt werden.

3. Im Interesse unserer Volksernährung ist es nicht
angängig, daß in Preußen ein Landwirtschaftsminister,
den die Landwirte allgemein als einen Gegner ihres Be-
strebens ansehen, länger im Amte bleibt.

4. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Nah-
rungsmittelversorgung bzw. der Erfassung der landwirt-
schaftlichen Produkte soll in den nächsten Monaten für
alle landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide und
Fisch abgebaut werden. Dieser große Erfolg ist zu ei-
nem guten Teil auf die Tätigkeit der deutschen Bauern-
vereine zurückzuführen. Durch die Erfüllung der For-
derungen der deutschen Bauernvereine auf Schaffung eines
besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Land-
wirtschaft und Befehlung dieses Ministeriums mit einem
Landwirtschaftsminister, der dem Bauernverein nahesteht, wurde die
Grundlage für diesen Abbau geschaffen.

Mein schon aus diesem Grunde haben die Bauern-
vereinsmitglieder alle Veranlassung, den Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft bei dem Abbau der
Zwangswirtschaft mit allen Mitteln nach besten Kräften
zu unterstützen. Selbstverständlich wird dieser Abbau
ohne Uebergangsschwierigkeiten vor sich gehen. Auf-
seits der Landwirtschaft muß es sein, diese Uebergangs-
schwierigkeiten nach Möglichkeit auszuräumen, indem sie
möglichst viele Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen
auf den Markt bringt.

Nach dem Beschluß des Deutschen Reichstages soll die
Zwangswirtschaft bei Vieh und Fleisch nur dann auf-
gehoben werden, wenn bis zum 1. Oktober 2 Millionen
Tonnen Brotgetreide in der Hand der Regierung sind.
Zur Schaffung einer Ablieferungsprämie (Frühbrück-
prämie), die bis zum 15. September 1920 betragen soll,
ist die frühzeitige Ablieferung für den Landwirt auch fi-
nanziell von Nutzen. Aber auch im Interesse unserer ge-
meinen Volksernährung sowie zur Erreichung des Abbaues
der Zwangswirtschaft ist erforderlich, daß trotz aller be-
stehenden Schwierigkeiten die Landwirte alle Kräfte
einsetzen, um möglichst schnell große Getreidemengen ab-
zuliefern.

Das ist auch unbedingt notwendig, um die Mehrlie-
ferungen an Rohle, zu der wir nach dem Spa-Abkommen
verpflichtet sind, leisten zu können. Die Vergarbeiter be-
dürfen dafür einer besseren Broternteilung. Die ver-
armten Folgen einer Nichterfüllung des Vertrages
sollen unter allen Umständen vermieden werden. Arbeit-
er und Landwirte müssen hier in der Rettung des Ruhr-
gebietes zusammenstehen. Mögen alle unsere Vereinsmit-
glieder dafür sorgen, daß sie am 1. Oktober das stolze
Zeichen haben: Ich habe meine Pflicht im Interesse
des Vaterlandes und der Landwirtschaft erfüllt!

Die in Frankfurt versammelten Vertreter der 26
Bauernvereine Deutschlands bitten den Herrn Reichsfinanz-
minister, den Termin für die Abgabe der Steuererklärung
zum Reichsnotopfer bis zum 1. Dezember zu verlängern.
Die Richtlinien bis jetzt noch nicht veröffentlicht sind,
ist unmöglich, die bisherige Frist (1. Oktober) einzu-
halten, zumal ja auch im Gesetz eine vierwöchige Frist
für die Bekanntgabe aller Bestimmungen für die Abgabe der
Erklärung vorgesehen ist.

Wettervorhersage für den 10. September.

Wolfig, meist trocken, Temperatur wenig geändert.

Locales und Provinzielles.

Schieferstein, den 9. September 1920.

Eine öffentliche Volksversammlung hat die
demokratische Partei für heute abend im „Deutschen
Anbau“. Der Referent, Herr Stadt- und
Landtagsabgeordneter Haefle, Wiesbaden, wird sprechen
über „Genj oder Mostau, eine Schiffsfrage für die
Arbeit“. Die an dieser Frage sehr interessierte
Bevölkerung ist zu recht zahlreicher Beteiligung
zu erwarten.

Der französische Ministerpräsident Millerand
begleitet des Marschalls Foch gestern vormittag
10.15 Uhr, aus dem Rheingau kommend, mit großem
Aufgebot in Kraftwagen auf der Fahrt nach Wiesbaden
zu Schierstein.

Amerikanisches Mehl für Deutschland. Eine
Nachrichtenstelle verbreitet folgende Mitteilung:
In den Monaten wachte sich der New-Yorker Staats-
minister der nordamerikanischen Bäckereimeister, der zu
v. H. aus Deutsch-Amerikanern besteht, an die
Bäckereigenossenschaften und erklärte sich bereit,
monatlich je 800 Waggons feinstes amerikanisches
Weizenmehl nach Deutschland zu liefern und einen Kredit
von 10 Millionen vom Tage der Ankunft in Hamburg
aus zu rufen. Der Preis für das Mehl wurde auf
3.20 Mark für das Pfund festgesetzt; die amerikanische
Regierung wollte den Schiffsraum zur Verfügung stellen.

Die deutschen Bäcker wollten das Mehl für 3.20 Mark
verkaufen oder zu Kuchen, Weißbrot und Brötchen ver-
arbeiten. Auf eine Anfrage der deutschen Bäckereigenossen-
schaften antwortete der Ernährungsminister: „Auf Ihre gef.
Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß vorderhand nicht
beabsichtigt ist, die Einfuhr von Auslandsmehl freizugeben.“
Vor einigen Tagen haben nun die amerikanischen Bäcker
telegraphisch angefragt, ob und wann das Lieferungsab-
kommen in Kraft treten solle; als Sicherheit verlangen
sie lediglich die Bürgschaft der deutschen Bäckerverbände
und Genossenschaften. Die deutschen Bäcker sind über die
ablehnende Haltung der Regierung sehr verstimmt und
sind der Ansicht, daß der Verkauf amerikanischer Weizen-
mehls zum Preise von 3 Mark eine durchaus nicht zu
unterscheidende Hilfe für die Ernährung der deutschen
Bevölkerung bedeuten würde. Auf der einen Seite
würde damit endgültig dem Schleichhandel, der für
deutsches Weizenmehl 6 bis 7 Mark verlangt, ein Ende
gemacht, und auf der anderen Seite würden die Land-
wirte, wenn eben der Schleichhandel aufhörte, von selbst
gezwungen sein, das Brotgetreide in erheblich größerem
Umfang abzuliefern.

* Das Versorgungsamt Wiesbaden bittet und auf
die vielen Anfragen hin, nachstehende Notiz aufzunehmen:
Beim Versorgungsamt Wiesbaden ist mit dem 4. Septem-
ber die Ausgabe von Entlassungs-Anträgen eingestellt
worden, da alle Anträge auf Entlassungsanträge, welche
bis zum Schlusstermin (28. 12. 19) gestellt waren, erledigt
sind. Für nach dem 28. 12. 19 eingegangene Anträge
auf Entlassungsanträge dürfen Ausnahmen mit Rücksicht
darauf nicht gemacht werden, daß der Schlusstermin zur
Geltung in allen Tageszeiten bekannt gegeben worden
ist. Es hat also keinen Zweck mehr, beim Ver-
sorgungsamt wegen eines Entlassungsantrages jetzt noch
vorstellen zu werden; Anträge können weder berücksichtigt,
noch wegen der Ueberlastung des Versorgungsamts be-
antwortet werden.

Förderung der Leibesübungen in den Schulen.

Das Kultusministerium gibt in seinem Amtsblatt die Er-
lässe der Schulbehörden über die Förderung der Leibes-
übungen bekannt. Danach wird an den höheren Schulen
von der zweiten Klasse an eine weitere Turnstunde ein-
gerichtet, an den Elementarschulen, Vorklassen und ersten
Klassen ein 15 Minuten dauerndes Erholungsturnen.
Die Spielmittagspause werden auf das ganze Jahr aus-
gedehnt, die Spielabteilungen verfeinert. Die Tagesausflüge
sollen vermehrt werden, insbesondere an schulfreien Tagen,
um auf Wanderungen die Schüler mit der Heimat vertraut
zu machen. Das Schwimmen soll eine stärkere Förderung
erfahren. Schulfestspiele sind vorgesehen. Die Mädchen,
die höhere Knabenschulen besuchen, werden zu besonderen
Mädchenturnabteilungen zusammengefaßt. Der Turn-
unterricht an den Volksschulen ist durch lehrplanmäßige
Turnstunden für Knaben und Mädchen neu zu belegen.
In den drei ersten Schuljahren werden jeden Vormittag
einmal einfache Leibesübungen in den Schulstunden
eingeschaltet. Vom 5. Schuljahr an gibt es Spielmitt-
agspause, zu deren Besuch alle Kinder verpflichtet sind. Als
Spieldauer gelten 2 bis 3 Stunden mit gut geleiteten Ver-
einen für Leibesübungen ist Förderung zu nehmen, und
gegen den Beitritt der Schüler zu den Jugendabteilungen
solcher Vereine grundsätzlich nichts einzuwenden.

* Was ein Weizenkorn kann. Man hat berechnet,
daß ein Weizenkorn, wenn es im ersten Jahr fünfzig
Körner gibt, bei der zweiten Ernte bereits 2500 und bei
der dritten 125000 hervorbringt. Im letzten Jahre
würden aus diesem Weizenkorn 15625 Millionen und
im 12 Jahre 244140625000000000 Körner hervor-
gehen. Ein Malter enthält ungefähr 20478240 Körner.
Daher macht die zwölffährige Vermehrung eines einzigen
Weizenkornes 11921953497910 Malter aus. Nach
dieser Rechnung kann ein einziges Weizenkorn schon nach
drei Jahren mehr als 320 Personen für eine Mahlzeit
speisen.

* Auf Anfrage der Handelskammer teilte das belgische
Konsulat Frankfurt a. M., Kaiserstraße, Hotel Frank-
furter Hof, Zimmer 153, mit, daß es auch für das
besetzte Gebiet der Provinz Pfalz-Rheinland zuständig sei.

* Nach einer telegraphischen Mitteilung der Eisenbahn-
direktion Mainz ist die mit Telekramm vom 29. und 30. 11. 1919
angeordnete Erhöhung der Wagenstandsgelder im Hinblick
auf die zur Zeit günstige Betriebs- und Verkehrsfrage vom
1. September ab aufgehoben.

* Die Handelskammer hat den Firmen des Bezirks
Fragebogen für Aufnahme in das Firmenhandbuch des
rheinischen Wirtschaftsgebiets zugehen lassen, dessen
Verteilung im Hinblick auf die großen Vorteile der damit
verbundenen Reklame dringend empfohlen wird.

* Entsprechend einer Anregung eines Interessenten des
Bezirks trat die Handelskammer beim Auswärtigen Amt
für die Abschaffung der Zulassungsscheine beim Bahn-
verband aus Holland ein, da durch diese Scheine das
Ausfuhrgeschäft außerordentlich erschwert wird.

* Der Vertrauensmann bei der interalliierten Ueber-
wachungskommission, Dr. Freiberger von Droste, Frankfurt a. M.,
ließ der Handelskammer die Ueberzeugung einer Verfügen-
der interalliierten Kontrollkommission betr. Behandlung
optischer Instrumente zugehen, die zur Verschrottung
oder Unbrauchbarmachung ausgeliefert worden sind.

Wie ist das möglich? Eine Berliner Korre-
spondenz berichtet folgendes: Zwischen den deutschen Bäck-
ereigenossenschaften und dem Ernährungsministerium wird
gegenwärtig ein heftiger Kampf um die laufende Einfuhr
amerikanischer Weizenmehls geführt. Die amerikanischen
Bäcker erklärten sich bereit, zweimal monatlich je 800
Waggons feinstes amerikanisches Weizenmehl nach Deutsch-
land zu liefern und den deutschen Bäckereimeistern einen
Kredit von zwei Millionen einzuräumen. Der Preis für

das Mehl wurde auf 2,95 bis 3 Mark pro Pfund fest-
gesetzt. Die amerikanische Regierung hat für die laufen-
den Mehllieferungen ausreichenden Schiffsraum zur Ver-
fügung gestellt. Die deutschen Bäcker wollen das Mehl
zum Preise von 3,20 Mark frei im Laden verkaufen be-
ziehungsweise verarbeiten. Leider haben sich dem groß-
zügigen Kreditabkommen der Amerikaner erhebliche Schwie-
rigkeiten entgegengestellt. Die deutschen Bäckereigenossen-
schaften wandten sich, wie wir den „Düsseldorfer Nachr.“
entnehmen, an den Ernährungsminister. Daraufhin er-
hielten sie folgendes Schreiben: „Auf Ihre geällige An-
frage teilen wir mit, daß vor der Hand nicht
beabsichtigt ist, die Einfuhr von Aus-
landsmehl freizugeben.“ — In den Kreisen
der deutschen Bäcker hat die ablehnende Haltung der Re-
gierung eine außerordentlich starke Verstimmung hervor-
gerufen. Auf der einen Seite, so sagen sie, wäre damit
endgültig dem Schleichhandel, der für deutsches Weizen-
mehl 6 bis 7 Mark verlangt, ein Ende gemacht, und auf
der anderen Seite würden die Landwirte, wenn eben der
Schleichhandel aufhörte, von selbst gezwungen sein, das
Brotgetreide in erheblich größerem Umfang abzuliefern.

Die Kaffee-Einfuhr zugelassen. Wie das
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit-
teilt, wurde der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg nunmehr
ermächtigt, bis auf weiteres die Kaffee-Einfuhr in be-
schränktem Umfang wieder zuzulassen. Die Höchstmenge
der Einfuhrbewilligungen wurde auf 500 Tsd. arbeits-
mäßig festgesetzt. Die Einfuhranträge sollen nach ihrer Preis-
würdigkeit entsprechend den früheren Grundfähen beschei-
den werden, um den weit niedrigeren Weltmarktpreis dem
deutschen Konsum zu Gute kommen zu lassen. Der Kaffee-
Einfuhrverein wurde deshalb ausdrücklich angewiesen, etwa
bereits bezahlte oder im Freihafen lagernde Mengen nicht
bevorzugt zu behandeln.

— Für Ortsbriefe des Publikums an eine Post-
oder Telegraphenbehörde in dienstlichen Angelegenheiten,
die nicht freigegeben in die Briefkästen gelegt werden,
wird nach wie vor keine Gebühr erhoben. Ebenso
werden die Bestellschreiben oder Bestellkarten nicht mit
Porto belastet, in denen das Publikum um Abholung ge-
wünschter Pakete aus der Wohnung zur Auflieferung bei
der Postanstalt ersucht, oder worin es die Einziehung von
Zeitungsgeldern beantragt. Auch braucht derjenige, der
dem Postfachverkehr beitreten will und zu dem Zweck
den an seine Bestellschreiben gerichteten Brief mit dem aus-
gefüllten Antragsformular in den nächsten Briefkasten legt,
die Sendung nicht frei zu machen.

Briefsendungen nach Elsaß-Lothringen.

Briefsendungen aus Deutschland nach Elsaß-Lothringen
werden trotz aller Erinnerungen immer noch täglich zu
Tausenden unrichtig nach den Gebührensätzen des inne-
ren deutschen Verkehrs freigegeben. Dadurch verzögert sich
nicht nur die Beförderung der Sendungen, sondern es
entstehen auch Ungelegenheiten für die Empfänger, die
neben der fehlenden Gebühr Zuschläge zu entrichten ha-
ben. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß
Briefsendungen nach Elsaß-Lothringen jetzt nach den Ge-
bührensätzen des Weltpostvereins freigegeben werden müssen.
Auch dürfen behördliche Sendungen nach Elsaß-Lothrin-
gen nicht mit Dienstmarken freigegeben werden, weil die
französische Postverwaltung Sendungen mit Dienstmarken
als nicht freigegeben behandelt.

— Eine einheitliche Regelung der Mieten im
ganzen Deutschen Reich sieht die Regierungsentwurf vor,
der zur Zeit den einzelnen Bundesstaaten zur Gegenüber-
setzung überreicht wurde. Danach soll der Mietpreis in drei
Teile zerlegt werden: in eine Grundmiete (Kapitalver-
zinsungsmiete), eine Betriebsmiete (Steuern und Abgaben)
und eine Reparaturmiete. Die Grundmiete wird zahlen-
mäßig festgelegt; die beiden anderen Teile sollen aber
jeweils nach den tatsächlichen Ausgaben berechnet und auf
die Mieter umgelegt werden. Wie weit hierbei ein Mit-
bestimmungs- oder Kontrollrecht der Mieter eingeführt
wird, hängt von den Ausführungsbestimmungen der ein-
zelnen Landesbehörden ab.

* Wiesbaden. (Selbstmord.) Der Vorsteher
der inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses Prof.
Dr. Wilhelm Weintand hat sich erschossen. Er war
wohl der berühmteste Diagnostiker und bekannteste Arzt
der Stadt. Die Tat erregt Aufsehen. Ueber die Beweg-
gründe wird nur bekannt, daß er in letzter Zeit trotz
eines gewaltigen Einkommens Angst vor finanziellen
Schwierigkeiten hatte, seine Villa, das modernste Land-
haus Wiesbadens, und eine Sebenswürdigkeit in seiner
inneren Ausstattung, hatte er bereits vor einiger Zeit an
Herrn Hentfels-Solingen verkauft.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Milchverteilung.

Diejenigen Familien, welchen Milch auf Karte und
für Kinder zusteht, werden ersucht, die Milch bei den Milch-
händlern bis spätestens vormittags 9 Uhr abzuholen.

Schieferstein, den 10. September 1920.

Der Bürgermeister: Kessels.

Kleine Chronik.

Kadettenanstalten als soziale Schulen. Das
preussische Kadettenkorps hat am 10. März 1920 aufge-
hört zu bestehen. Bei Beginn des neuen Schuljahres
werden die Anstalten Berlin-Lichterfelde, Rammberg, Kö-
lin, Potsdam, Walsdorf, Pfla als staatliche Bil-
dungsanstalten errichtet. Diese sieben Schulen im
Krieges-Gesamten, oder schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer
offen.

Kakenschritt — der neueste Tanz. Die Tage
des Fortritts und des Jazz sind gezählt, wenn wir der
Vorhersage der amerikanischen Tanzmeister glauben wol-
len, die auf ihrer letzten Versammlung in New-York einen
neuen Tanz, den „Kakenschritt“ unter allgemeinem Jubel
aus der Taufe hoben. Der „Kakenschritt“ wird zu einer
kräftigen Polonaisen-Musik in würdiger und langsamer
Form getanzt und soll in moralischer wie in künstlerischer
Hinsicht völlig einwandfrei sein. Man prophezeit ihm da-
her den vollständigen Sieg über alle Reibenduhler in der
nächsten Saison.

Der Bleistiftschlucker. Die beiden Mächtigen angeklagten Kaufleute Leopold Verrich und Walter Verrich gründeten in München die Urania-Vertriebs- und Vertriebs-Seifenpulver. Die Fertigkeit nahm in Frankfurt recht bald ein Ende, da das Seifenpulver nur aus Schlemm- und Borisch bestand. Die beiden Fabrikanten wurden verhaftet. Borisch verschluckte im Augenblick seiner Verhaftung einen Bleistift und erreichte es dadurch, daß er dem Kranken- und Gefängnis-Verwaltungsrat in Frankfurt am Main, dem er als Zeuge vorgeladen wurde, die Hilfe ruht noch im Magen des Borisch. Es ist festgestellt, daß Borisch, wenn er sich in ähnlichen Lagen befindet, was schon wiederholt vorgekommen sein soll, Bleistift, Hülsen, Bleistiftspitzer und ähnliche Dinge verschluckt hat.

Das Eldorado der Verbrecher. Auf das immer mehr überhandnehmende Gesindel, das sich allmählich in Berlin unter den Linden umhertreibt und dort eine Diebes- und Hehlerbörse unterhält, veranlaßte die Berliner Polizei eine wohlgeleitete Streife. Nicht weniger als 41 schwere Verbrecher, die von Polizei und Staatsanwaltschaft gesucht wurden, konnten dabei ergriffen werden.

Ein „famoser“ Revolutions-Schloßkommandant. Die Dresdner Blätter melden die auffallendste Verhaftung des Schloßkommandanten des Dresdener Schlosses aus der Revolutionszeit, namens Frieß. Er hat eine Reihe von Verurteilungen und Schließungen, unter anderem mit Salvarian, verübt. Auch andere Straftaten werden ihm zur Last gelegt. Frieß wurde auch seinerzeit mit dem Diebstahl der beiden blauen Meißener Porzellanvazen in Verbindung gebracht. Die Untersuchung darüber ist im Gange.

Beschlagnahme Funkenanlage. Obwohl schon wiederholt auf die Bestimmungen des Telegraphengesetzes vom 6. April 1892 hingewiesen worden ist, wonach die unbefugte Errichtung von Funkenanlagen unter empfindliche Strafen gestellt wird, wurde neuerdings von der Berliner Polizei wiederum eine geheime Privat-Funkenanlage im Zentrum Berlins entdeckt und beschlagnahmt. Die Anzeige ist von dem Polizei-Präsidenten an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung weitergegeben worden. Es muß immer wieder davor gewarnt werden, Funkenanlagen, auch wenn es sich nur um Empfangsanlagen handelt, ohne Genehmigung des Reiches zu errichten und zu betreiben.

1½ Millionen geraubt. Einbrecher haben in den Sicherheitsgebäuden des Verwaltungsgebäudes der Vulkanwerke mit Sauerstoffgebläse vier eiserne Türen zerhackt und aus den Gebäuden 1½ Millionen Mark geraubt, die zur Lohnzahlung dienen sollten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Arbeitsfremde von heute. Ein recht bezeichnendes Stückchen hierzu läßt sich der „Befr. Anzeiger“ aus Hagen berichten. — Meidet sich da in der Gartenstraße eine Maid um die Stelle mit der Frage, wer denn die Rollen herantrole, und wer die Wäsche besorge. Die prompte Antwort des Hausberrn lautete: Die Rollen hole ich, die Wäsche besorgt meine Frau. Als die Maid dann befriedigt die Stelle annimmt, fragt der Mann, können Sie auch Klavier spielen. Da eine verneinende Antwort erfolgte, meinte der Mann, dann können wir Sie leider nicht einstellen, denn wir gebrauchen ein Mädchen zu unserer Unterhaltung, die Arbeit tun wir selber.

Verein für Mindestverbrauch. Eine kräftige Bewegung, die zum Gegenstand hat, den Verbrauch herabzusetzen, wird in diesen Tagen vorbereitet. Man beabsichtigt, einen Verein für Mindestverbrauch in Kristiania zu organisieren, der seine Mitglieder verpflichtet, in den kommenden zwölf Monaten eine einfache Lebensweise zu führen und an allen eingeführten Gegenständen und Waren zu sparen. Eine Massenversammlung wird am 7. September in Kristiania abgehalten werden. Man hofft, daß diese Bewegung, die energisch geleitet wird, zu einer Besserung der nordwestlichen Valuta führen wird.

Volkswirtschaft.

Neue Erleichterung für Erwerbslose. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den steuerfreien Bezügen zu rechnen ist. Ferner hat die Reichsregierung beschlossen, die Unterstützung aus Gewerkschaften nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen.

Auch etwas vom Preisabbau. Allenthalben sehen erfrischende Bewegungen ein, die unerschwingliche Lebenshaltung allmählich auf ein normales Niveau zurückzuführen. Ganz entgegengesetzte Wege beschreitet hingegen die Regierung, wenn auch das Wort „Preisabbau“ in jeder Verfügung eine beliebige Wendung ist. Um die zerrütteten Finanzen des Reiches zu retten, wird vor allem die Produktion der wichtigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Getreide usw., stark besteuert, und zwar durch eine unglaublich hohe Besteuerung sämtlicher Stickstoff- und phosphorsäurehaltigen Düngemittel. Die steuerliche Belastung ist förmlich in derart hoch, daß die Anwendung der so wichtigen die Produktion fördernden Düngemittel unmöglich gemacht wird. Welche Folgen aber für die Ernte ein Ausfall an Düngemitteln verarmten Boden zur Folge hat dürfte jedem Einsichtigen ohne weiteres klar sein. Wie ungeheuerlich die Steuer wirken muß meint der Landwirtschaftliche Verein soll durch nachstehende Zahlen bewiesen werden:

Die Steuer beträgt 2,50 Mark auf das Kilogramm Nährgehalt, also z. B. bei 16prozentigem schwefelsauren Ammoniak das 100 Kilogramm 40 Mark Steuer. Der Reichs-Fiskus hat allein beim Kaliverbrauch einen Steuereingang von etwa 5 Millionen errechnet — allerdings vorausgesetzt, daß der Verbrauch nicht geringer wird. Bei dieser erneuten Belastung der Landwirtschaft kann wirtschaftlich in Zukunft jede gut gemeinte Absicht seitens der Landwirtschaft, ihre Preise zu reduzieren, im voraus für ein Ding der Unmöglichkeit erklärt werden. Die Regierung hätte die Pflicht, die Erzeugung von inländischen Nahrungsmitteln zu fördern und dafür Sorge zu tragen, daß der Landwirtschaft die Produktionsmittel zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt würden und diese ihrerseits wieder in der Lage wäre, der Bevölkerung die Lebensmittel zu normalen Preisen zu liefern. Man mache doch einmal ernst auf allen Gebieten mit dem vielbesprochenen Abbau und verlange diesen nicht nur von der Landwirtschaft.

Achtung!!!

Wer gute und billige Schuhe kaufen will, besuche das Schuhhaus

H. Levi, Wiesbaden, Moritzstr. 40.

5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Spezialartikel: Arbeitsstiefel

für Frauen, Männer und Kinder, zu erstaunend billigen Preisen.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750 "

14 kar. Gold 585 "

8 kar. Gold 333 gest. von 30,00 an

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegenüber Kirchgasse 70, Mauritiusplatz

Ich bin zum

Notar

mit dem Amtssitz in Wiesbaden ernannt.

Georg Krücke

Rechtsanwalt,

Kirchgasse 7, I. Wiesbaden. Telefon 6411.

Anfertigung von

Damen-
Herren-
Kinder-

Wäsche

Schürzen

nach Mass.

Margarete Babler, Wiesbaden, Hallgarterstr. 4, Erdgeschoss.

Großer Preisabschlag

in
Korbwaren, Kinderwagen, Klappsportwagen,
Leiterwagen, sowie Obstwagen und
Kartoffelförderer von Mt. 6 an.

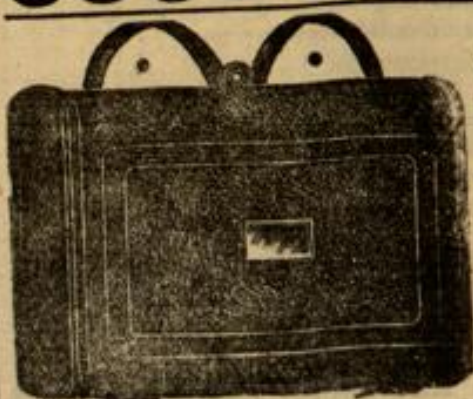
Georg Schneider, Mainz,

Korbwarenhandlung, Weilandsgasse 7, im goldenen
Rebstock hinter dem Markt.

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Stromabnehmer darauf aufmerksam, daß sie verpflichtet sind, jeden **Wohnungswechsel** uns sofort schriftlich anzuzeigen. Unterbleibt diese Anzeige, so wird ein etwaiger Stromverbrauch in der alten Wohnung dem bisherigen Inhaber weiterberechnet.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.
Eltville a. Rh.



**Schul-
ranzen**

Größte Auswahl
Billigste Preise.
Offertiert als
Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10.



Nigrin

Wieder reine Friedensware

Sofortiger Dauerhochglanz. Färbt nicht ab.

Jede Dose ist mit Banderol versehen.

Rauchtabak

100 gr. Regewi-Mittelschnitt . . . 3.20

" " Rauchtabak . . . 3.20

" " Rippentabak . . . 3.20

" Tabake verschiedener Fabrikate

Zigarren von 45, 50, 60, 70, 80 usw.

Zigaretten von 20, 25, 30, 40, 50 usw.

Unstige Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

Jean Fischbach, Wiesbaden, Mauritiusstrasse 1.

MODES.

Neuanfertigung und Umarbeiten von
Damenhüten und Pelzen aller Art.
Damenhüte werden jetzt schon zum Um-
pressen angenommen.

Kanin-Felle in grosser Auswahl.

Diefenbach, Wiesbaden, Bleichstr. 34, III.

Kleidungsstücke, Pelze, Wäsche, Möbel.

Zahngelisse, Gold, Silber, Brillanten

kauft zu hohen Preisen.

L. Schiffer, Wiesbaden, Kirchg. 50.

gegenüber dem Kaufhaus Blumenthal.

Grosse Auswahl in fugenlosen

Trauringen.

Moderne Kugelform.

In 8, 14, 18 und 22 Kar.

Gold von 80.— Mk. an.

Juweller Singer,

Wiesbaden, Langgasse 4.

Rauchtabak

Virginia Rippen, gemalt, für

kurze und lange Pfeifen,

1/2 Pfd. 4 Mk. 1 Pfd. 19 Mk.

Zigarrenspezialgeschäft

Wiesbaden,

Bohl, Heilmundstr. 34.

Säcke zu und Verkauf

werden zur Reparatur

angenehm.

Säcke werden vertiebt.

Metalle und Lumpen

kaufen zu höchsten Tagespreisen

Sackgasse, Kiesel & Sperber,

Wiesbaden, Dohmerstr. 31.

Telefon 6120

Möbl. Zimmer

möglichst mit Mittagstisch,

zu mieten gesucht.

Off. unter Str. N. 401

an die Geschäftsstelle.

Achtung!

Kaufe alte Strickwolle, Schafwolle

4 vier, Meißel, g. Mel, Blak, Zinn-

geschirre, usw. zu den höchsten Tages-

preisen.

Wiesbaden, Mainz,

Quintusstr. 12.

Täglich

fürer Apfelmörs

(auch über die Straße)

p. Glas Mt. 1.20

Fritz Siegert, Gasthaus zur

Eisenbahn.

Großer Raum

für Werkstätte geeignet.

Hof zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle.

**Schlafzimmer, hell, ein-
schläfrig, Waschl. mit
Spiegel, u. Spiegelarm, nur 400 Mk.**

Küche, u. naturbelassene

mit Tünnchen, eing. Betten, u.

sch. 6 Coiffeur, u. u. u.

gibtliche, Kom., Waschl., u.

Schreibt. u. Stühle u.

Seitstein, Wiesbaden,

Sebanplatz 6

Flaschen

zum höchsten Tagespreis

an **W. H. Reibling,**

Wiesbaden, Kleine Kirchgasse 4,

Telefon 1467.

Frühjahr

Frau Peichles, Lebrich.

Gebrauchter, sehr

gut erhaltener, sehr

zu kaufen gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle.

Apfel

zum Reiten wird

Quantum angeboten.

Ph. Siegert, Wiesbaden,

Quintusstr. 12.

Tanzen

lehrt jedermann und

W. Klapper und Frau

Wiesbaden, R. Schönbach

Quintusstr. 12.